

Neue Betrugsmanöver der SPD

F. S. Die strategische Hauptaufgabe der SPD ist die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse für den Kampf um die politische Macht. Von entscheidender Bedeutung für die Politik der SPD in der Richtung der Durchführung dieser Aufgabe ist die Einschätzung der Rolle und der Politik der Sozialdemokratie als der Partei, die auf entscheidende Schritten der Arbeiterklasse nach einem starken Einfluss hat. Die Frage in der Einschätzung der Rolle und der Politik der SPD ist besonders wichtig und aktuell nach dem Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli.

Auf die entscheidenden Punkte dieses Wahlergebnisses: Stillstand der Nationalen, Rückgang der SPD und Wählung der SPD, reagierte die SPD-Führerschaft unmittelbar nach der Wahl mit zwei ebenso demagogischen wie verlogenen Argumenten. Das erste Argument der SPD-Führer war, die Aufgabe des Stillstandes der Nationalen und des teilweisen Rückganges der Nationalen in einzelnen Wahlbezirken als einen Erfolg der „Eisernen Front“ zu deklarieren. Das zweite Argument ist jener Satz aus allen Wahlberichten der sozialdemokratischen Presse, dass die „marxistische Front unerschütterlich“ sei und dass der „Sozialismus“ nicht verloren, sondern sogar noch gewonnen habe.

Gegenüber dieser letzten Argumentation, gegenüber dem Versuch, die Qualität der Arbeiterklasse für den Terror der sozialdemokratischen Führer am Nationalen, die die Wahlberichterstattung der Sozialdemokratie und der Übergang von mehr als 500.000 sozialdemokratischen Wählern zum Lager des Kommunismus darstellt, zu verflüchtigen durch eine Umdeutung des kommunistischen Stimmengewinns in ein Resultat für den von der Sozialdemokratie produzierten „Sozialismus“, wagt sich auch die sozialdemokratische Führerschaft nicht, ist es notwendig, in der Arbeiterklasse Klarheit zu schaffen über die Rolle und Politik der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation.

Unter Kampf gegen die Sozialdemokratie besteht im wesentlichen darin, die sozialdemokratischen Arbeiter loszulösen von der sozialdemokratischen Politik ihrer Führer und sie einzufügen in die revolutionäre Front. Der Ausgangspunkt dieses Kampfes ist die Antikritik der Sozialdemokratie als „soziale Hauptstütze der Bourgeoisie“. Die Aufgabe der Sozialdemokratie in dieser Rolle besteht darin, Millionen von Arbeitern in den Dienst der Politik der Bourgeoisie zu stellen. Dabei findet diese Politik ihren freudigen Ausdruck in der aktiven Durchführung der Politik der Bourgeoisie dort, wo die Sozialdemokratie um ihre Staatsfunktionen im Staatsapparat die Unterdrückungsmaschine gegen das Proletariat selbst handhaben, in der Abschaffung und Abwägung aller Kämpfe der Arbeiterklasse gegen die Politik der Bourgeoisie und in der Durchführung großangelegter Betrugsmanöver zur Täuschung der Arbeitermassen.

Nach durch diese Politik in der Vergangenheit die Sozialdemokratie dem Nationalismus in Deutschland vornehmlich den Weg gebahnt, so besteht kein Zweifel, dass sie diese Rolle als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie auch in der Gegenwart spielt, trotz der neuen Äußerungen, die sie von der Bourgeoisie, zuletzt durch den höchsten Amtsinhaber in Preußen am 20. Juli, erhalten hat, und trotz der Scheinopposition, in der sich die SPD gegenwärtig robust gebärdet.

Die SPD bleibt die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie auch gegenüber der Politik der unmittelbaren Ausschüttung der sozialistischen Diktatur, wie sie von der Papenregierung praktiziert wird. So, sie behält diese Rolle — nach aller Voraussicht, wie das Beispiel Polen und Ungarn zeigt — auch auf einer höheren Stufe der Entwicklung zur offenen sozialistischen Gewaltsdiktatur, auch unter der offenen sozialistischen Diktatur. Bei seiner Unterdrückung der Entwicklung der Klassenkräfte in Deutschland und der Klassenrollen Rolle und Bedeutung der Papenregierung führt in seinem Artikel in der Juni-Kammer der „Internationale“ der Genosse Thalmann:

„Auch die Papenregierung stützt mit Hilfe der SPD. Sie ergibt sich dank der Tatsache, dass die SPD und der ADGB heute noch zahlreiche Millionen von Arbeitern, darunter die entscheidenden Schichten des Proletariats, hinter sich, aus der revolutionären Klassenfront fernhält, gegebenenfalls sogar aktiv gegen den revolutionären Klassenkampf einwirkt.“

Selbstverständlich gibt es für uns keinen Zweifel, dass die ADGB-Führerschaft und SPD-Führerschaft von dieser Politik unter keinen Umständen ablassen werden. Im Gegenteil: Schon heute beginnt die SPD mit neuen Betrugsmanövern zugunsten der Papenregierung zu arbeiten.“

Diese These des Genossen Thalmann ist durch die Entwicklung der letzten Wochen vollständig und unerschütterlich bestätigt worden, sie wird jeden Tag aufs neue bestätigt. Dort, wo sozialdemokratische Staatsfunktionäre noch Positionen im Staatsapparat in den Händen haben, handhaben sie nach wie vor die sozialistische Diktatur im Interesse der Erhaltung der kapitalistischen Herrschaft, der Niederhaltung der Arbeiterklasse und der Durchführung der sozialistischen Politik der Papenregierung und des deutschen Finanzkapitals. Dies trifft nicht nur zu auf solche Länder wie Polen, Ungarn, Hamburg usw., in denen die Sozialdemokratie noch Teilnehmer an Koalitionserregungen ist, sondern in gleichen Maße auf die Teile des sozialistischen Staatsapparates in Preußen, wo Sozialdemokraten als Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister usw. nach an der sozialistischen Macht teilhaben und trotz robuster Scheinopposition der SPD im Reich die Politik der Papenregierung durchführen.

Im Kampf der sozialistischen Staatsgewalt gegen die kommunistische Partei und die revolutionäre Bewegung leisten die sozialdemokratischen Volksführer der Papendiktatur nach wie vor gehobene und bereitwillige Dienste. Schönfelder in Hamburg, Fischer in Leipzig, Jürgens in Dortmund, Steinberg in Frankfurt, Pöschel in Weimar, und in ihrer Gefolgschaft das ganze Heer sozialdemokratischer Gefolgsleute demonstrieren nach jeder Aktion gegen die Kommunisten und die revolutionäre Arbeiterfront ihre Ergebenheit für den sozialistischen Polizeistat gegen das Proletariat.

In der Hege gegen die SPD und die revolutionäre Bewegung, dieser ideologischen Vorbereitung der sozialistischen Zerschlagung der revolutionären Arbeiterorganisationen und der gesamten deutschen Arbeiterbewegung, liefert die SPD und ihre Presse nach wie vor das möglichste, wobei in der sozialdemokratischen Führerschaft auch die schamlose Spekulation auf parteipolitische Gewinne eine Rolle spielt. Dies und die völlige Einseitigkeit in die Hege gegen die SPD und die revolutionäre Bewegung demonstrieren ein Artikel im „Freien Wort“, dem Diskussionsorgan der Sozialdemokratie, in dem nicht nur die SPD als Urheberin der politischen Zusammenhänge in Deutschland benannt wird, sondern in dem auch eine Gipfelstellung des offenen Verhältnisses zur Zerschlagung der SPD erreicht wird in folgendem Satz:

„Wir müssen endlich den unerträglichen Zustand überwinden, das Deutschland das einzige Land der Welt ist, in dem eine Diktatur der Kommunisten noch etwas zu bedeuten hat.“

Das ist nichts anderes als das, was die Sozialdemokraten und Sozialisten häufigst proklamieren, wenn sie die politischen Verhältnisse

Um die Mauthelmörder von Potempa

Eine Erklärung der Reichsregierung. Besseres Opfer der biedersten Bluttat. Nazimörder werden als Helden gefeiert

Veranlaßt durch das Urteil im Weutheuer Mordprozeß und die einseitige Hege der gesamten reaktionären Presse hat die Papenregierung gemeinsam mit der kommunistischen Frontregierung eine Erklärung veröffentlicht, die die Richtigkeit unserer Auffassung über das Urteil gegen die Mauthelmörder von Potempa bestätigt. Bestätigt wird darin auch unsere Feststellung, daß sich Sondergerichte und ähnliche Anwendung staatlicher Zwangsmittel ausschließlich gegen Antifaschisten wenden wird. Die Regierungserklärung hat folgenden Wortlaut:

„Gewungen durch Gewalttaten im innerpolitischen Kampf, welche das Ansehen des Reiches aufs schwerste gefährdeten, hat der Herr Reichspräsident auf Vorschlag der Reichsregierung die schärfsten Strafen gegen den politischen Terror verhängt. Mit dem Augenblick, in dem diese Verordnung in Kraft getreten ist, muß sie gleichmäßig gegen jedermann, der Recht und Gesetz verletzt, ohne Ansehen der Person oder Verleugnung, Anwendung finden. Die Reichsregierung wird nötigenfalls alle Maßnahmen des Staates einleiten, um den Vorfall des Rechts unparteiisch Stellung zu verhalten, und wird nicht dulden, daß sich irgendeine Partei gegen ihre Anordnungen auflehnt. Obenstehend wird sich die frühere Staatsregierung durch politischen Druck in der pflichtmäßigen Prüfung beeinflussen lassen, ob sie ihr Begnadigungsrecht im Falle der Weutheuer Todesurteile ausüben kann.“

Die leidenschaftlichen Vorwürfe, die in der Öffentlichkeit gegen diese Urteile erhoben worden sind, sollten sich gegen die Urheber der blutigen Ereignisse und nicht gegen die Staatsgewalt richten, die im Interesse der Gerechtigkeit zu so starken Maßnahmen gezwungen wurde. Die Reichsregierung wird jeden Versuch, die Grundzüge des Rechtsstaates zu verflüchtigen und die politischen Verhältnisse zu erneuten Ausschreitungen auszulassen, zu beugegen wissen.“

Diese Erklärung, deren diplomatische Formulierung in der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken soll, als handle es sich um die „gerechte“ Anwendung der Notverordnung gegen alle die „Recht und Gesetz verletzen“, erhält ihre einseitige Würdigung durch die Presse, die aus halbamtlicher Quelle meldet, daß in gütigstunterrichteten Kreisen nach wie vor die Meinung vorherrscht, daß eine Vollstreckung der Todesurteile vermieden werde. Die Regierungserklärung selbst nimmt ja auch zum Urteil nicht Stellung und behält sich alle Maßnahmen vor.

Worum es geht ist lediglich die Frage, auf welchem Wege die Urteilsvollstreckung verhindert wird, ohne daß die Regierung etwas von ihrem Vorgehen einbüßt. Bereits gestern hat die bürgerliche Presse die Möglichkeit der Wiederannahme des Gesetzes vor einem ordentlichen Gericht erklärt. Aus Kreisen der Regierung wird daher heute berichtet, daß es dahingehend bleibe, ob die Papenregierung (an ihrer Spitze steht Papen) von ihrem Begnadigungsrecht Gebrauch mache, oder ob das Wieder- aufnahmeverfahren eingeleitet würde, das „erfahrungsgemäß“ sehr lange Zeit in Anspruch zu nehmen pflegt.“(1)

Es ergibt sich eindeutig, daß der scharfe Ton der Regierungserklärung ausschließlich gegen die Kommunisten und gegen die antifaschistische Aktion gerichtet ist, deren rücksichtslose Verfolgung mit der Verhängung der Notverordnung und der Vollstreckung von Sondergerichten eingeleitet wurde.

Die gesamte faschistische Presse entläßt eine wüste Drohung gegen das Opfer der Nazi-Mauthelmörder und greift das Stichwort Hitlers und der Nazipresse auf, daß es sich um einen feinen Mord, sondern lediglich um die „Erfolgung eines politischen Zielvorgabens“ handle. Damit soll wahrscheinlich der Regierender das dritte Schwere gegeben werden.

Wie der Vormärts meldet, hat gestern Abend der SPD-Führer Klemm auf dem Weutheuer Bahnhofsplatz an die versammelte Menge eine Rede gehalten, in der er erklärte, die Regierung werde es nicht wagen, auch nur ein Urteil vollstrecken zu lassen. Anschließend beauftragte er die Berichterstatter und stellte ihre baldige Freilassung in Aussicht.

Der Naziführer Götting hat an die Wörter von Potempa ein Telegramm gerichtet, in dem er heißt:

„Ihr seid keine Mörder. Ihr habt das Leben und die Ehre Eurer Kameraden verteidigt. Für Eure Familien übermeide ich heute 1000 Mark.“

Die Naziführer solidarisierten sich damit noch einmal nachdrücklich mit dem Mord, wie es ja auch Hitler, ihr Oberhaupt, tat, der ein Telegramm an die Berichterstatter schickte und einen Aufruf im üblichen Jargon erließ. Die Reichsregierung der Nazis greift die Demos der Reichstagsopferkollaborateure auf und droht der antifaschistischen Arbeiterfront ganz unterhöhlt mit neuen Terrorakten, indem sie schreibt:

„Es wird in Deutschland keine Ruhe mehr geben, bis dieses Weutheuer Urteil aufgehoben ist. Mögen die verantwortlichen Staatsleiter den Ernst der Stunde erkennen, bevor es zu spät ist.“

Und der Vormärts? Er ist „erschüttert“ angelehnt der Tatsache, daß 5 Nazimörder zum Tode verurteilt wurden. So baut auch das Zentralorgan der SPD Prüden vor Begnadigung der Mörder, deren Hintermänner das Urteil verurteilen, um politisches Kapital daraus zu schlagen und zu noch unerschämterem Terror gegen Arbeiterfunktionäre greifen.

Die antifaschistische Arbeiterfront muß aus dieser eindeutigen Entschlüsselung der Verhältnisse die richtigen Konsequenzen ziehen, sehen, daß am Ende nicht nur verhärtete Mordhiebe, sondern verhärteter Terror gegen Arbeiter und ihre Eigentümern liegt, der nur von den Massenlebensbedingungen in Betrieb, Stempelwerke und Wohnblock gebrochen werden kann.

Eisenbahner und Chemieproleten delegieren zum Antitriegs-Kongreß

Die Mobilisierung zum Antitriegs-Kongreß, der am 27. und 28. August in Weimar abgehalten wird, ist im Gange. In Weimar sind die Massen in kürzester Frist an diesem Antitriegs-Kongreß interessiert und für ihn mobilisiert worden. Aus der Reihe der Delegierten, die im Reich gewählt worden sind, haben wir heute die Wahl von Delegierten aus den Schicht- Chemiefabriken und den Eisenwerken heraus. In hochster Würde außerdem ein freiergewerkschaftlich organisierter Eisenbahner gewählt. Auch in vielen anderen Teilen des Reiches ist die Wahl gewerkschaftlich organisierter Arbeiter durchgeführt worden.

In der Tatsache landeten viele Stadt- und Gemeindevorstellungen, die zum Antitriegs-Kongreß abgeordnet wurden, heute bereits Delegierten für den Antitriegs-Kongreß gegen den imperialistischen Krieg gewählt.

Die sowjetrussische Delegation zum Antitriegs-Kongreß in Weimar besteht aus Schwärz, dem Vorsitzenden des Allrussischen Gewerkschaftsbundes, Maxim Gorki, Lunacharski, Karl Kadel und Vertretern einiger großer sowjetrussischer Betriebe.

Winterbeihilfen zu gewähren. Die preukische Regierung hat mit ihrer letzten Notverordnung, die die Einführung der Schlichtersteuer brachte, das Gesetz für alle Erwerbslosen zu einem unerschwinglichen Vorurteil gemacht.

Die SPD fordert öffentliche Winterbeihilfen, und dabei mit es Esering selbst, der noch durch eine Notverordnung vom 4. Juni 1932 die Bestimmungen über die Stundung und Nicht- schließung der Hausinsolventen aufgehoben und damit die Basis schuf, auf der in Preußen täglich Hunderte von Erwerbslosen erstickt werden.

Die SPD fordert Restriktionen gegen hohe Einkommen und Vermögen und Streichung der Fürstenaufstellungen sowie Entgeltung des Grundbesitzes der ehemaligen Fürsten. Die Sozialdemokraten jedoch waren es ebenfalls, die alle kommunikativen Anträge im Reichstag auf Millionen angesetzt, Streichung der Riefenpensionen, Annullierung der Fürstenaufstellungsverträge abzulehnen und ließ nur wenigen Wochen nach im preukischen Landtag einen kommunikativen Antrag zu Fall bringen, der die entschädigungslose Enteignung der Fürstenaufstellungen forderte.

Die Sozialdemokraten fordern wieder einmal die Verstaatlichung der Schwerindustrie der Großbanken und des Großgrundbesitzes. In all den Jahren seit 1918 jedoch war es die Sozialdemokratie, die jeden Versuch der Entschädigung des kapitalistischen Systems durch die revolutionäre Arbeiterfront blutig niederdrückte und unterbrach.

Die Gegenüberstellung der sozialdemokratischen Anträge und der Praxis der Politik der SPD zeigt eindeutig, daß es sich bei diesen Anträgen um nichts anderes handelt, als um tiefe Betrugsmanöver zur Täuschung und Verwirrung der Arbeiterklasse zu dem einzigen Zweck, die Arbeiter durch diese parlamentarischen Manöver vom außerparlamentarischen Kampf gegen Lohn, Unterdrückung und Rententraub, gegen Notverordnungsdiktatur und Nationalismus abzuhalten.

Der Wahlsieg der kommunistischen Partei am 31. Juli, der nichts anderes ist als die Widerspiegelung der wachsenden Radikalisierung und Revolutionierung der Arbeitermassen in Deutschland, berechtigt zu der Überzeugung, daß immer größere Teile der deutschen Arbeiterklasse Sinn und Inhalt dieser sozialdemokratischen Betrugsmanöver erkennen. Die Aufgabe der Kommunisten wird sein, nicht nur die Zerschlagung dieser parlamentarischen Betrugsmanöver, sondern gleichzeitig die Mobilisierung der Arbeiter zu den bevorstehenden großen außerparlamentarischen Kämpfen um Lohn, Brot und Arbeit. In diesen Kämpfen wird die Sozialdemokratie trotz aller Betrugsmanöver geschlagen werden. In diesen Kämpfen wird die SPD die Weisheit der Arbeiterklasse erobern zum Kampf um die Radik-

zum Die „Pro der terrorif jährt unter ght.“

„Nach be urteilte das o- hrenfängliche Dokument, d der Schöpfung „Patria“ fü gänzlich betrie der Errerit- ernde für über die Na in die Hand- sch verhält die Eingrup- zition, von nach diesen berührung werden in beginn die durch die M des Hinterlan die Befallen

Das Ur- teilung der das englisch- linter verur- lten Spruch- lumblich die internati- überführte Stadler das- menung des- nischen Art- tinn auf die der Arbeiter- verfahren, f

Die Ver- tag der Ruon- schließt im- Verzicht auf den K- der revoluti- Kraft zu be- rangung zu f-

Die Ver- somten in- ändern auch- vollsten In- verhärtet we- Nummern

An- Amterbe- Krieg. Die u- wird verhörl- Heiligtoren- schenlichen B- rbringung der Delegierten

Am 18.- sammlungsjah- kann, ein g- hant Bar- Bill R u n- lamschen, zu

Mike K-

Copyright- 24. Fortl-

Das Er- halt als a-

„Als lo- later, wie- Schauerleub- kaum mehre-

„Halt d-

„Ja, er- et. Wir fin- wie zu Hun- licher der-

„Stell-

„Duh!“

Dienst- durchgeführ- sah alle so- Solenarbei- der keine S-

„Stam- tionen jühr-